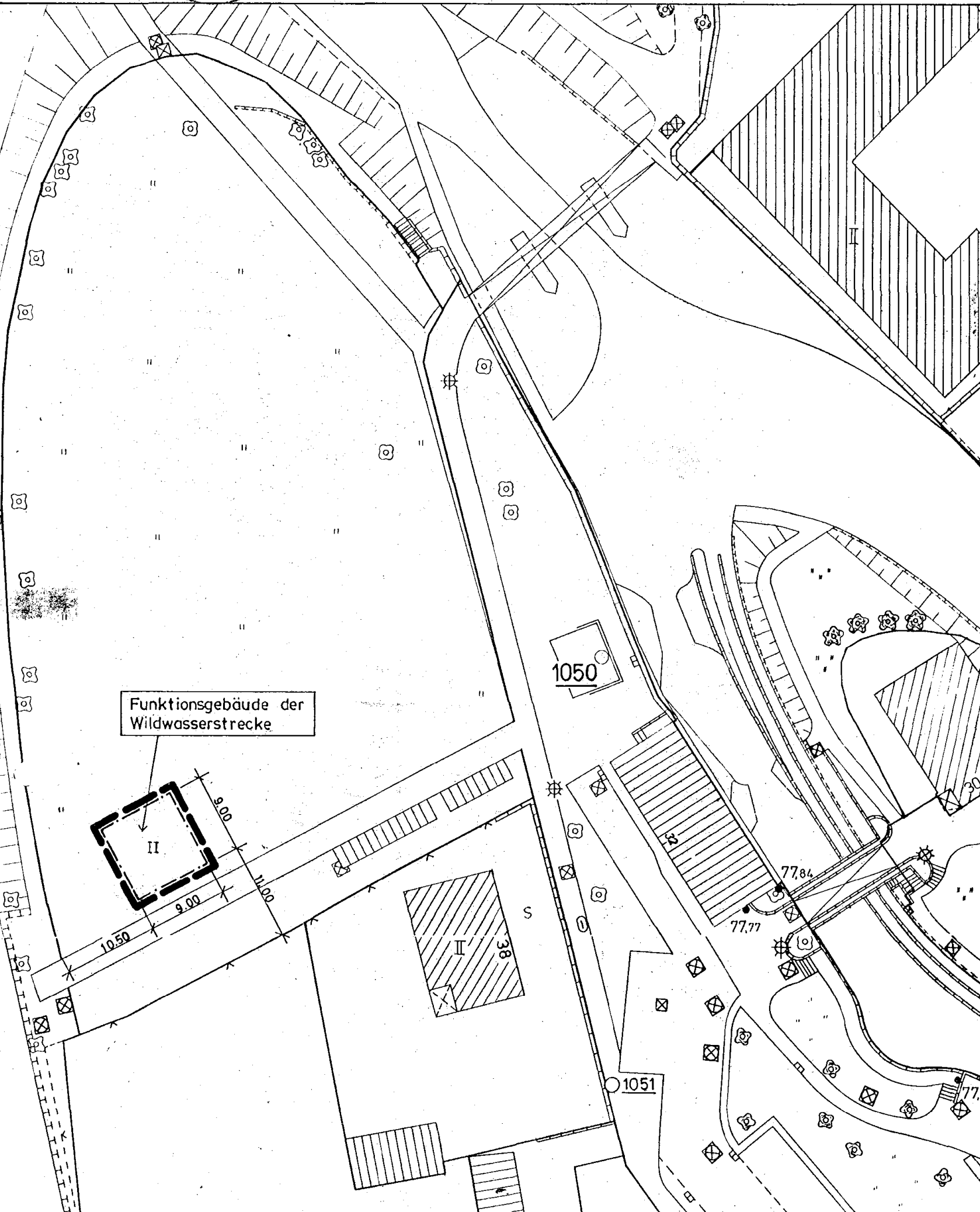


<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 17.12.1992). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.</p> <p>Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.</p> <p>Hildesheim, den 25.1.1993</p> <p>Stadtvermessungsamt</p> <p><i>Dr. J. J. J.</i></p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 8.2.1993</p> <p>Stadtplanungsamt</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuß der Stadt in seiner Sitzung am 19.10.92 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß wurde am 29.12.92 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 4.1.93 bis 2.2.93. Gleichzeitig bestand all-gemein Gehörgelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den 5.2.1993</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Verwaltungsausschuß der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 8.3.1993 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 12.3.1993</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 8.4.1993 bis 7.5.1993 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.</p> <p>Die Auslegung ist am 31.3.1993 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 5.4.1993</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Satz 2 BauGB geändert.</p> <p>Der Verwaltungsausschuß der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 12.5.1993 der Änderung zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 12.5.1993</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>
<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 14.3.1994 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 12.3.1994</p> <p>Oberbürgermeister</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 18.05.1994 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen mit Maßgaben / mit Ausnahme der durch den Bebauungsplan nicht geltend gemachten Teile nicht gemacht.</p> <p>Hildesheim, den 13.06.1994</p> <p>Bezirksregierung Hannover im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Der Rat der Stadt ist den in der Verfügung vom (Az.) aufgeführten Maßgaben / beigetreten.</p> <p>Hildesheim, den 13.06.1994</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 06.07.1994 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 06.07.1994 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den 07.07.1994</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 18.09.1995</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>	<p>Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 06.07.2001</p> <p>Der Oberstadtdirektor im Auftrage</p> <p><i>[Signature]</i></p>



Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 08. Dezember 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993.
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993.
- die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 6. Juni 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. November 1991.

Planzeichenerklärung

II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

----- Baugrenze

Funktionsgeb. Fläche für besondere Nutzungszwecke: Funktionsgebäude der Wildwasserstrecke (s. textl. Festsetzung Nr. 1)

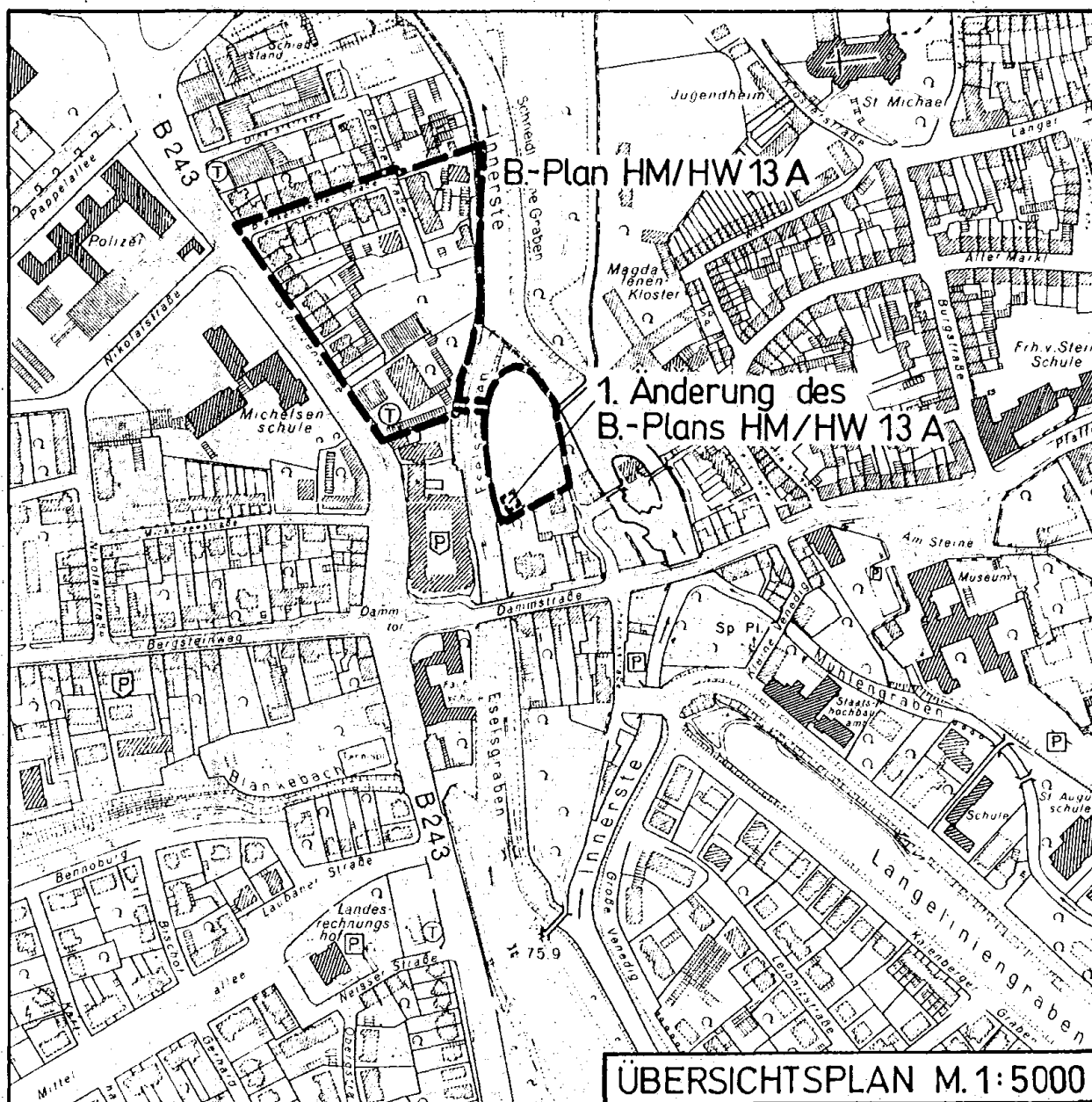
[] Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplanes


Textliche Festsetzungen

1. Innerhalb der Fläche für besondere Nutzungszwecke ist die Errichtung eines Funktionsgebäudes für die Wildwasserstrecke zur Unterbringung von Umkleide- und Sanitäreinrichtungen sowie eines Geräte- und Versammlungsraumes zulässig (§ 9 Abs. 1 Nr. 9 BauGB).
2. Die maximal zulässige Traufhöhe des Gebäudes beträgt 6.50m. Die Traufhöhe ist an der Außenfläche der Außenwand von der natürlich gewachsenen Geländeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Unterseite der Dachhaut zu messen (§ 18 Abs. 1 BauNVO).
3. Die maximal zulässige Firsthöhe des Gebäudes beträgt 8.50m. Die Firsthöhe ist lotrecht zwischen der Oberkante der Firstabdeckung und der natürlich gewachsenen Geländeoberfläche zu messen (§ 18 Abs. 1 BauNVO).

Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung gem. § 98 NBauO (Ziff. 3+4)

1. Werbeanlagen sind unzulässig (§ 56 Nr. 2 i.V. mit § 98 NBauO).
2. Einfriedungen sind unzulässig (§ 56 Nr. 3 i.V. mit § 98 NBauO).





STADT HILDESHEIM

1. Änderung des Bebauungsplans HM/HW 13A "An der Bischofsmühle"

Maßstab 1:500

12/93